

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 25 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Mustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

47. Jahrgang.

Nr. 16.

Donnerstag, den 8. Februar

1900.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben die Rathsexpeditionen **Montag, den 12. und Dienstag, den 13. Februar 1900 geschlossen.** Nur dringliche Angelegenheiten des **Standesamtes** werden an diesen Tagen **Vorm. von 10 bis 11 Uhr** erledigt.
Stadtrath Eibenstock, den 6. Februar 1900.

Seffe.

Gnädicht.

Nr. 222 des Verzeichnisses der dem Schanz- und Tanzstättenverbot unterstellten Personen ist zu **Freichen.**

Stadtrath Eibenstock, den 6. Februar 1900.

Seffe.

Gnädicht.

Hammer oder Ambos?

Im Hinblick auf die unpatriotische Haltung der Zentrumspartei gegenüber der Flottenvorlage ist es gewiss von Interesse zu erfahren, wie man darüber anderswo in deutsch-kerikalen Kreisen denkt. Der „Argentinische Volkfreund“, Wochenblatt für die La Plata-Staaten, schreibt unter dem Titel „Hammer oder Ambos“:

„Der geniale Blick unseres Kaisers, gepaart mit scharfem Verstand, hat schon vor längerer Zeit erkannt, wo Deutschland der Schutz brüht und diese Erkenntnis kleidete er damals in die Worte: „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser!“ Wir Ausland-Deutsche haben längst gefühlt, was der jugendliche Herrscher dem Deutschen Reich ist und schon öfter hat er es bewiesen, daß er uns nicht als verlorene Söhne Deutschlands betrachtet, sondern als die Pioniere des deutschen Handels, der Wissenschaft und Kunst im Auslande. Schwer hat der Kaiser mit dem deutschen Spießbürgertum kämpfen müssen. Mit zündenden Worten hat Kaiser Wilhelm von Hamburg aus das deutsche Volk gemahnt, der Parteilichkeit zu entsagen und seine Kräfte auf ein einziges Vorgehen in allen Fragen zu konzentrieren. „Bitter noch ist uns eine starke Flotte!“ so rief der Kaiser beim Stapellauf des Linienkriesschiffes „Kaiser Karl der Große“ in Hamburg aus. Diese Erkenntnis überzeugte den Kaiser und seine Minister von der Nothwendigkeit, beim Reichstage wiederum eine Vermehrung der Flotte zu beantragen.

Wie gerechtfertigt dieses Vorgehen ist, können wir Auslands-Deutsche wohl am besten beurtheilen. Mancher Deutsche mußte sich stillschweigend im Auslande Ungerechtigkeiten gefallen lassen und warum? Biersch nur deshalb, weil Deutschland zur See ohnmächtig war und ist. Wohl ist es richtig, daß nicht allein durch Kanonen berechtigten Reklamationen im Auslande Gehör verschafft wird, aber sehr viel tragen diese doch zur schnellen Erledigung derselben bei. Auch das häufig laue Vorgehen der diplomatischen Vertreter Deutschlands darf getrost hinter unserer Ohnmächtigkeit zur See gesucht werden. Versügte Deutschland über eine ausreichend starke Flotte, so würden diese Herren viel energischer bei gerechten Reklamationen ins Zeug gehen resp. gehen müssen, denn dann würden Entschuldigungen von nicht genügendem Hinterhalt und Stützpunkt feinerer Erfolge haben.

„Deutschland, sei wach, wahr! Deine Sach!“ Um dieses aber thun zu können, muß Deutschland energisch an die Vergrößerung seiner Flotte denken. Unsere Landarmee ist wohl unstrittig eine der besten, wenn nicht überhaupt die — beste, aber so wie England mit seiner gewaltigen Flotte nicht im Stande ist, Landkriege zu führen, ebenso ist es Deutschland unmöglich, mit seiner Landarmee Seefriede zu führen. Wohl jetert man in der Heimath über die Mehrausgaben und doch kommen diese wieder hundertfach ein. Ernährt Deutschlands Handel und Industrie im Auslande nicht zum größten Theil das Vaterland, sind die Absatzmärkte nicht in der Mehrzahl im Auslande und in Ueberseeeländern?

Mit wach schreien Augen schon heute Deutschlands Handel und Wandel von seinem Hauptkonkurrenten John Bull betrachtet wird, kann nur der beurtheilen, der im Auslande lebt und wirkt. Auch an Nordamerika hat Deutschland in letzter Zeit einen nicht zu verachtenden Reider gefunden. Wie böse uns aber John Bull im Verein mit Brother Jonathan schaden kann, hat das rohe Vernichten deutscher Plantagen auf Samoa so recht deutlich bewiesen. Hätte Deutschland über eine seinem Handel und seiner Industrie entsprechende Flotte verfügt, so würden John und Jonathan sich schon gehütet haben, auf solche Art und Weise die Zivilisation auf Samoa einführen zu wollen. Außerdem ist die politische Lage auch gerade nicht danach angethan, beruhigend auf uns einzuwirken. Englands massenhafte Kohlenanfäufe, Japans energisches Emporarbeiten, Russlands Militärverschiebungen an der chinesischen Grenze, der südafrikanische Krieg, das Brechen der Monroe-Doktrin durch Nordamerika u. c., alles dieses sollten Deutschlands Vertreter im Reichstage bei Berathung der Marinevorlage nicht außer Acht lassen. Deutschlands Kaiser hat bereits mehr als einmal bewiesen, daß er geradezu ein Meister in der Leitung der äußeren Politik ist und so Unrecht dürfte Cecil Rhodes nicht haben, wenn er behauptete: Kaiser Wilhelm II. sei seinem Volke um mindestens 50 Jahre voraus.“

Der Artikel erörtert darauf die Vorlage im Einzelnen, weist die tendenziös übertriebenen Angaben über die Höhe der betreffenden Forderungen zurück und schließt: „Sollte wider Erwarten die Flottenvorlage abgelehnt werden, so dürfte Deutschland auch

im XX. Jahrhundert statt Hammer — Ambos sein und bleiben.“

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Freisinn Richtercher Observanz liegt hilflos als Wack auf der Sandbank. Die mächtige Wogenfluth der Flottenvorlage hat das Schiff, welches Herr Richter als Steuermann gründlich hat festfahren lassen, vom Bord bis zum Kiel erschüttert; es kracht in allen Fugen. Während Herr Richter noch in einer der letzten Ausgaben seines Leiborgans Herrn Barth und die Freisinnige Vereinigung „abthat“, konnte man am Montag Abend im großen Saale des Berliner Handwerkervereins Zeuge des Abfalls einer ganzen Anzahl der Freisinnigen Volkspartei angehöriger Männer von ihrem Herrn und Meister sein. Von der Freisinnigen Vereinigung einberufen, war die Versammlung auch von zahlreichen bekannten Mitgliedern der „Volkspartei“ besucht, welche, soweit die vorliegenden Berichte erkennen lassen, nicht einen einzigen Redner gegen die Flottenvorlage stellten. Der Abgeordnete Dr. Barth, der von dem Vorsitzenden Reichstagsabgeordneten Dr. Pachtke das Wort zum Referat erhielt, verbreitete sich über das Thema „Flottenfrage u. Liberalismus“ u. legte in objektiver u. leidenschaftsloser Weise die Gesichtspunkte dar, welche mit zwingender Logik für die Nothwendigkeit einer starken Flotte sprechen. Nachdem Herr Barth unter lebhaftem Beifall der Versammlung seinen Vortrag geschlossen hatte, sprachen sich in der Diskussion mehrere Redner in gleichem Sinne aus. Hierauf verlas der Vorsitzende nachstehende der Versammlung vorgelegte Resolution: „Die Versammlung ist angefaßt der steigenden Bedeutung unserer Seemacht von der Nothwendigkeit einer Verstärkung unserer Kriegsstärke über den Rahmen des Flottengesetzes von 1898 hinaus überzeugt und hofft, daß insbesondere auch die entschieden liberalen Mitglieder des Reichstags diese Nothwendigkeit anerkennen und ihren Einfluß nachdrücklich geltend machen werden, um, falls wider Erwarten ein Theil der Mehrausgaben durch die natürliche Ertragssteigerung aus den bestehenden Zöllen und Steuern nicht gedeckt sein sollte, eine weitere Belastung von den schwächeren Schultern fernzuhalten.“ In der Diskussion über den später mit überwältigender Mehrheit angenommenen Beschlus Antrag traten verschiedene Redner, die ihre Zugehörigkeit zur Freisinnigen Volkspartei ausdrücklich betonten, für die Flottenvorlage ein. Rechtsanwalt Platow erinnerte an das Wort Hegels: „Das Herz der Demokratie schlägt da, wo Preußens Fahnen wehen“, und wünschte, daß dieses Wort sinngemäß auf das Deutsche Reich und die deutsche Kriegsstärke übertragen werde. Rechtsanwalt Hamburger gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß alle Liberalen und Freisinnigen die Flottenpläne zu unterstützen verpflichtet seien. Zum Schluß verdienen die mit lebhaftem Beifall begrüßten Ausführungen des freisinnigen Professors Vertmann aus Kottbus hervorgehoben zu werden, die in dem Satz gipfelten: Die Ideale der Jugend müßten sein: eine starke Politik nach Außen, gestützt auf einen blühenden Handel, und im Innern eine maßvolle Sozialpolitik. „Geben wir der Jugend diese Ideale, und unser ist die Zukunft!“

— Prinz Heinrich ist am Montag an Bord des „Preußen“ in Neapel eingetroffen.

— München, 4. Februar. In der Presse ist vielfach die Verwunderung darüber ausgesprochen worden, daß am Geburtstage des Kaisers zahlreiche bayerische Staatsgebäude nicht geflaggt hatten. Nach den Informationen der „Münchener N. N.“ liegt die Sache folgendermaßen: Die Beflaggung wurde feinerzeit durch Ministerialerlaß geregelt. Nach dieser Anordnung ist es an Kaisers Geburtstag nicht gestattet, staatliche Gebäude zu beslaggen beziehungsweise es ergeht hierzu kein Befehl. Es liegt also gewissermaßen ein negatives Verbot vor. Dagegen werden sämtliche militärischen Gebäude zur äußeren Ehrung des obersten Befehlshabers der deutschen Wehrmacht im Kriegsfalle beslaggt. Die Stadtgemeinden entscheiden autonom; so ist es z. B. in München Sitte, daß alle städtischen Gebäude beslaggt werden. Das genannte Blatt fügt hinzu, auf die steife Korrektheit, lediglich die militärischen Gebäude zu beslaggen, sollte man sich nicht beschränken.

— Oesterreich-Ungarn. Am Montag haben die Beratungen begonnen, die die Wiederherstellung des nationalen Friedens in Oesterreich ermöglichen und vorbereiten sollen. Die Konferenz ist das Werk der erst vor Kurzem ins Amt getretenen Regierung, die sich auch an den Verhandlungen selbst nachdrücklich betheiligen wird. Das Elaborat, das zunächst als Grund-

Schumann,

hauptsächlich für Nachtdienst, zum 1. März oder später gesucht. Gehalt jährlich 750 Mk. neben freier Wohnung und 50 Mk. Bekleidungsgehalt.

Bewerber wollen sich bis 15. d. Mts. unter Beifügung ihrer Zeugnisse bei dem Unterzeichneten zunächst schriftlich melden.

Wolfsgrün, den 5. Februar 1900.

Der Gemeindevorstand.

Bretschneider.

lage der Erörterung zu dienen hat, wurde von dem Ministerium Körper ausgearbeitet, und der Name des Kabinettschefs, eines der tüchtigsten, gebildetsten und erfahrensten Beamten Oesterreichs, gewährleistet, daß diese Grundlage im Sinne der Unparteilichkeit und unter Berücksichtigung des praktischen Bedürfnisses geschaffen wurde. Es sind zehn Jahre verfloßen, seitdem man zum letzten Male versucht hat, den nationalen Zwist durch eine unmittelbare u. formelle Auseinandersetzung zwischen deutschen u. tschechischen Politikern zu schlichten. Bei der Einberufung der Konferenz des Jahres 1890 beobachtete man ein vorsichtiges, ja zaghaftes Vorgehen. Man wollte eine Einigung über Nebenfragen erzielen, um dann auf der gewonnenen Grundlage weiterzuschreiten. Nun ist die Erkenntnis zum Durchbruch gelangt, daß in den Einzelfragen des nationalen Streites überhaupt keine dauernde u. ersprießliche Regelung erreicht werden kann, wenn nicht zuerst der Friedensschlag in der Sprachenfrage selbst erfolgt. Die Ausdehnung und die Verschärfung des nationalen Kampfes beweisen nur zu deutlich, daß man mit kleinen Mitteln und Augenblickebehalten das schwere Uebel nicht beseitigen kann, das die kostbarsten Kräfte des Staatsbeweises verzehrt. Die Regierung hat den richtigen Weg eingeschlagen, als sie das Konferenzprogramm mit der Lösung der wichtigsten Aufgabe der inneren Politik identifizierte. Sie hat allem Anscheine nach auch bei der Vorgezeichnung der Grundzüge dieser Lösung einen Mittelweg gewählt, der zum Ziele führen kann, wenn die Theilnehmer einen gerechten Ausgleich annehmen wollen, der immer mit Opfern verknüpft ist. Die Regierung befürwortet eine Abgrenzung der Sprachgebiete, die streng aus den thatsächlichen Verhältnissen hergeleitet werden soll, nämlich die Schaffung reindeutscher, reintschechischer und gemischtsprachiger Bezirke. Wird dieser Gedanke unparteilich durchgeführt, so müssen die Klagen über Verletzung der sprachlichen Rechte nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft verstummen.

— Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Buller ist nicht, wie er vorellig versprochen hatte, am Sonntag vor Ladysmith als Retter erschienen; ebenso ist es unwahr, daß sein Heer zum zweiten Male den Zugelast überbrückt hat. Es deutet im Gegentheil Alles darauf hin, daß die Lage an der Front ruhig und keine sofortige Bewegung zu erwarten sei. Die englischen Blätter sind über diese Unternehmung voller Widersprüche. Am meisten erhält sich die Meinung, daß Buller zwar den nochmaligen Versuch zum Entzage von Ladysmith machen wollte, aber von Lord Roberts in Erkenntnis der Thatsache daran verhindert worden war, daß der Krieg nur durch einen Vorstoß von Süden her gegen den Oranje-Freistaat zu beenden sei. Andere sind wieder der Meinung, daß er sich bei dem mit so großer Emphase angekündigten Vorstoß auf Ladysmith nur um eine Nebenoperation handelt, die bezweckt, die Aufmerksamkeit der Buren von dem Vorstoß gegen den Oranje-Freistaat abzulenken und ihnen dadurch eine rechtzeitige Verschiebung ihrer Streitkräfte auf den Punkt, wo Lord Roberts die wirkliche Entscheidung herbeiführen plant, unmöglich zu machen. Mit Rücksicht darauf, daß die Buren in den holländischen Anstiedlern der Kapkolonie die zuverlässigsten Kundschafter besitzen, ist es jedoch nicht anzunehmen, daß ihnen derartige Absichten der feindlichen Heeresleitung verborgen bleiben und es hat daher dieser Plan wenig Aussicht auf einen nennenswerthen Erfolg. Immerhin ist es nicht zu verkennen, daß aus den Operationen auf dem Kriegsschauplatz jetzt ein einheitliches Handeln erkennbar ist, dem gegenüber die Buren einen schwereren Stand haben werden als früher.

Die Gesamtverluste Bullers seit dem Uebergang über den Zugelast betragen bisher an Offizieren: 32 todt, 36 verwundet, 6 gefangen; an Mannschaften: 226 todt, 1020 verwundet, 302 gefangen.

Ueber eine humane Handlung des englischen Oberkommandirenden wird dem „Reuterschen Bureau“ aus Kapstadt gemeldet: General Roberts habe die Freilassung des Buren-Kommandanten Pretorius, dessen Bein amputirt worden ist, verfügt, mit dem Bemerkten, er wolle einen tapfern, nun wehrlosen Soldaten nicht festhalten.

Eine besondere Kriegsteuer auf Grund einer Resolution des Volkstraad ist nach einer am Montag aus Pretoria eingegangenen Meldung jetzt zur Erhebung gelangt. Die Steuer beträgt zwei Pfund für je 100 Morgen einer Farm, 5 Pf. für jedes Erf (kleines Grundstück) oder halbe Erf und 2 1/2 Pf. für ein Viertel-Erf. Die Steuer wird von allen Richtansässigen, allen Gesellschaften und Syndikaten, deren Mitglieder nicht durchweg Bürger der Republik sind, und von Bevollmächtigten erhoben. Die Steuer muß bis zum 1. Mai bezahlt werden.